

Ein Parteiprogramm für die Zukunft

Vertreter von ISOR nahmen – inzwischen schon traditionell – als Gäste am Erfurter Parteitag der Partei DIE LINKE vom 21.–23.10.2011 teil. Mit tiefer Genugtuung wiederholen wir die aus den Medien bereits bekannte gute Nachricht zuerst:

Der Parteitag hat mit überwältigender Mehrheit von 96,9 % (503 Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen, 12 Enthaltungen) ein Grundsatzzprogramm beschlossen, dem wir mit gutem Gewissen unsere Zustimmung geben würden, wenn wir denn stimmberechtigt wären. Wir sehen dieses Resultat in Kontinuität früherer Parteitage seit Dortmund.

Damit liegt eine zutreffende Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft mit einer klaren Kritik am gegenwärtigen System des Kapitalismus, mit klar definierten Aussagen zu Eigentumsverhältnissen, vor.

Wir begrüßen ein uneingeschränktes konsequentes Friedensprogramm: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Die eskalierende Beteiligung Deutschlands an Krieg und Gewalt in der Welt muss beendet werden. Wer, wenn nicht ehemalige Angehörige bewaffneter Organe, vermögen die Tragweite einer solchen Programmatik zu beurteilen!

Wir begrüßen die Forderung nach einem radikalen Systemwechsel, hin zu einem demokratischen Sozialismus, einer Programmatik der Verstaatlichung / Vergesellschaftung von Banken, Energieunternehmen und eines großen Sektors öffentlicher Daseinsvorsorge. Wir begrüßen das Programm einer Politik, die Konzerngewinne, hohe Vermögen und Erbschaften ebenso versteuern will, wie sie sich der Besteuerung spekulativer Gewinne zuwendet, was ihr sofort wütende Attacken ihrer politischen Gegner einbrachte, noch bevor es beschlossen war.

Wir gratulieren der Partei, mit der uns viele inhaltliche Zielstellungen verbinden und sehen – anders als viele Printmedien – die hohe Zahl von Änderungsvorschlägen am ursprünglichen Programmentwurf und den Umgang des Parteitags damit nicht als Ausdruck innerer Zerrissenheit, sondern als Beleg einer breiten demokratischen Mitwirkung der Basis an der Weg- und Zielbestimmung der Partei, was man bei ähnlichen Veranstaltungen anderer Parteien eher vermisst. Übrigens: Als DIE LINKE im Jahr

2009 ihren Programmentwurf zum Wahlparteitag vorlegte, lagen ebenfalls mehr als 1.000 Änderungsanträge und Ergänzungsvorschläge vor, die man als Beobachter durchaus als Ausdruck einer leidenschaftlichen, demokratischen und sehr engagierten innerparteilichen Diskussion in einer linken pluralistischen Partei wahrnehmen konnte. **ISOR aktuell** berichtete darüber im Juli 2009. Es ist dies in der Wertung wohl auch eine Frage des Betrachterstandpunktes und des individuellen Demokratieverständnisses. Wir jedenfalls gratulieren der Partei DIE LINKE zu ihrer programmatischen Einmütigkeit und Geschlossenheit und versichern sie unserer Solidarität.

Dem Charakter unserer Organisation als Sozialverein entsprechend, hat für uns der Umgang mit sozialen Fragen einen besonderen Stellenwert, hervorgehoben natürlich Renten- und Versorgungsfragen sowie Fragen der Gesundheitsvorsorge und des Umgangs mit der älteren Generation.

Wir begrüßen die Grundaussage bereits in der Präambel, eine Ordnung der Gesellschaft anzustreben, »in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können« - eine Forderung, die angesichts der »Abschließenden Bemerkungen« des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen vom 20. Mai 2011 zum 5. Staatenbericht Deutschlands über die Umsetzung des Internationalen Pakts für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte bei uns besonderes Gewicht erhält (siehe Leitartikel in **ISOR aktuell** Juli 2011). Wir finden diese Gedanken im Parteiprogramm wieder.

Im Mittelpunkt von Wirtschaft und Politik müssen die Lebensbedürfnisse und Interessen der Menschen stehen. Leider registrieren wir statt dessen gegenwärtig eine zunehmende gesellschaftliche Kälte, einen wachsenden Niedriglohnsektor und real steigende Arbeitslosenzahlen, was in der offiziellen Statistik nach Beobachtungen des Arbeitslosenverbandes durch fragwürdige statistische Zuordnungen, Gruppenbildungen und Kategorisierungen verschleiert wird.

Wir erleben die Vernichtung von Arbeitsplätzen, den Abbau sozialer Leistungen, verarmte Kommunen und fehlende Ausbildungsplätze, eine Zweiklassenmedizin und oft alte Menschen in Armut und ohne menschenwürdige Pflege. In diesem Licht sehen wir die programmatische Forderung der Partei DIE LINKE, eine armutsfeste gesetzliche Rente für alle Berufstätigen zu sichern, aus eigener Kenntnis als ein gesamtgesellschaftliches und generationsübergreifendes Bedürfnis, das sehr wohl erkannt, allgemein aber eher in Wahlkämpfen und Talk-Shows zerredet statt gelöst wird.

Dankbar nehmen wir zur Kenntnis, dass die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE am 21.09.2011 sich eben anders verhält und erneut einen Antrag in den Bundestag eingebracht hat, noch offene Fragen der Rentenüberleitung Ost, diskriminierende Regelungen, die als Aberkennung von Lebensleistungen empfunden werden und Regelungslücken zu beseitigen, eine gründliche Überprüfung und umfassende Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) und des Anspruchs- und Anwartschafts-Überführungsgesetzes (AAÜG) vorzunehmen sowie Ungleichbehandlungen zwischen Ost und West abuschaffen (Bundestagsdrucksache 17/7034, im Internet abrufbar). Wir sehen in dieser erneuten parlamentarischen Initiative die Übereinstimmung von programmatischem Wollen und aktivem Handeln in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung.

Es darf nicht zugelassen werden, dass soziale Probleme Ostdeutschlands durch Fristablauf und biologische Faktoren erledigt werden – die sozialen Verwerfungen daraus, auch für die Zukunft, wären zu groß.

Von der Partei DIE LINKE und allen Unterstützern ihrer Programmatik außerhalb des Parteienspektrums müssen nunmehr die erforderlichen Aktivitäten eingeleitet und miteinander koordiniert werden, die ihre Umsetzung verwirklichen helfen. Unsere Unterstützung ist zugesagt.

Die Partei vermittelt auf ihrem Parteitag die Fähigkeit geschlossenen Handelns, wenngleich sich das weder in der Presse noch in Rundfunk und Fernsehen, trotz guter Ansätze (z. B. bei Phoenix), adäquat widerspiegelt. Der Parteitag steht so in Kontinuität und Fortführung seiner Vorläufer, auch in der Abbildung innerer Probleme einer Partei, die mit großer Sorgfalt ihre Vielfalt und Pluralität behauptet. Das ist sicher nicht immer der bequemste Weg der Problemlösung angesichts der Herkunft und der Entwicklungen ihrer Strömungen, aber wohl alternativlos. Sicher werden die funktionellen Träger der Partei es lernen müssen, das nun auch im Alltagshandeln umzusetzen. Denn nach der erfreulichen und wechselseitigen Versicherung, sich nunmehr den Sachfragen zu widmen und Personaldebatten zu unterlassen, setzten anderntags – und das ist nun die schlechte Nachricht – Personaldebatten ein, die jedenfalls befremdlich sind.

Leeres Wort des Armen Rechte

Was Statistik und Demagogie uns vormachen

Wolfgang Kroschel

Statistik sei die höchste Form der Lüge, sagt der Volksmund. Und als der französische Diplomat Maurice de Talleyrand einmal an die Einlösung gegebener Versprechen erinnert wurde, soll er vor etwa 200 Jahren gesagt haben: »Die Sprache ist dem Menschen gegeben, um seine Gedanken zu verbergen.« Die Realität dieser Worte ist auch in dieser Zeit rundum zu verspüren:

Eine Agentur, z.B. im Handels- oder Versicherungswesen, ist bestrebt, Kunden zu gewinnen, ihren Kreis zu erhalten und möglichst zu vergrößern. Nicht so eine »Agentur für Arbeit«, eine demagogische Missgeburt aus dem Wort »Arbeitsamt«. Diese Arbeitsagentur will ja eigentlich ihre unfreiwilligen »Kunden« loswerden. Und so rechnet sie die Arbeitslosen mittels der Statistik und neuer Wortschöpfungen runter. Ein Einzelschicksal von Millionen anderen sei aus unzähligen Varianten herausgegriffen:

In meiner Heimatstadt lebt eine 40-jährige Frau, die ihre Berufsausbildung vor 20 Jahren im EDV-Bereich abgeschlossen hatte. Doch in diesem Profil gab es plötzlich keine Verwendung für sie und es begann eine Berg- und Talfahrt von Umschulungen, Praktika und dergleichen mehr. Doch das half ihr bisher nichts und so handelt sie sich im Bereich der Kirche von einer Beschäftigungsmaßnahme zur anderen und setzt darüber hinaus auch ehrenamtlich ihre Kraft ein, um ihre Bereitschaft und ihr Organisationstalent zu demonstrieren, um endlich eine feste Anstellung zu erhalten.

Fazit: 20 Jahre im Dschungelcamp von »Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen«, aber keine Arbeit.

»»» Fortsetzung von Seite 1

Unsere Anmerkung: Beschlussdisziplin muss sicher auch erlernt werden. In der deutschen Arbeiterbewegung hieß das einst »Parteidisziplin«. Sie wird unverzichtbar sein, wenn man die Maßstäbe des eben beschlossenen Programms und das Gerangel einzelner lokaler Funktionsträger und Strömungen in ihrem Sendungsbewusstsein vergleicht: Partei oder Sammelbecken von Strömungen und Grüppchen, die sich einander bekriegen? Beides geht wohl nicht, und der Parteitag hat wohl dazu deutliche Signale gesetzt.

Aber spätestens hier drängt sich nun Theodor Fontane (Effi Briest) mit seinem stereotypen Satz auf: »Ach, Luise, lass....das ist ein zu weites Feld.« □

Welche Rente wird sie einst erwarten? Es wird wohl eine Strafrente sein.

So erfährt dieser Begriff eine sozial-politische Erweiterung. Strafe für ein Leben in einer menschenverachtenden Gesellschaft. Strafe für Arbeitslosigkeit trotz aller Bemühungen, sich in diesem System wenigstens existentiell einzurichten. Müsste dafür aber nicht dieses System verantwortlich gemacht werden, das nicht in der Lage ist, allen Menschen ein Leben in Würde und sozialer Sicherheit zu ermöglichen?

Auf der Kundgebung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. (OKV) am 3. Oktober in Berlin sprach auch Marion Drögsler als Bundesvorsitzende des Arbeitslosenverbandes Deutschland und des Berliner Verbandes. Sie war bisher selbst acht Mal von Arbeitslosigkeit betroffen und ihre Sachkunde steht außer jedem Zweifel.

Sie verblüffte die 500 Teilnehmer der Protestveranstaltung gegen die ständige Verletzung der Menschenwürde in diesem Land zunächst mit einem Gedanken, der eigentlich nahe liegt, der Verbreitung des Grundgesetzes dient und doch so exotisch klingt: Die ersten beiden Sätze des Artikels 1 des Grundgesetzes, »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.«, sollten an der Wand einer jeden Amtsstube und damit auch der »Arbeitsagenturen« und »Job-Center« (engl. für Arbeitszentrum) hängen. Da könnte so mancher dort Wartende seinen Demokratie-Tank füllen, bevor er seinem »Fall-Manager« gegenüber sitzt und somit zum »Fall«(en) mutiert.

Marion Drögsler führte auf der Kundgebung dazu u. a. aus: »Beim Lesen des Grundgesetzes habe ich aber das Recht auf Arbeit vergeblich gesucht ... In den letzten Tagen erreichte uns die freudige Botschaft, dass es in Deutschland im September 2011 nur noch eine Arbeitslosenquote von 6,6 % gibt: also 2.795.570 Arbeitslose.

Im August 2011 waren es noch 2.944.686, allerdings nur die offiziellen Arbeitslosen. Rechnet man die Arbeit suchend gemeldeten noch dazu, waren es im August 2011 (leider lagen mir bei Erstellung des Berichtes noch nicht die konkreteren Zahlen für September vor) dann schon 3.188.670 Arbeitslose im weiteren Sinne. Kommt die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) dazu, sind wir schon bei 4.062.507 Arbeitslosen.

Wenn man sich die Statistik noch etwas genauer ansieht, kommt man zu einem überraschenden Ergebnis. Das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange.

Die tatsächlichen Zahlen sind ganz andere. Im August 2011 gab es

Leistungsempfänger ALG I	791.505
Leistungsempfänger ALG II	4 570.797
Sozialgeld SGB XII	1.724.536
Arbeitslose in aktiver Arbeitsmarktpolitik	1.094.242
Gesamt	8.181.080 «

Übrigens, der »Erfinder« von Hartz IV, der vorbestrafte Peter Hartz, der Millionen Euro veruntreute und südamerikanische Freudenmädchen finanzierte, verzehrt heute als 70jähriger seine Pension. Es wird wohl keine Strafrente sein.

Wer taucht schon nicht mehr in der offiziellen Statistik auf? Es sind die

- Mütter, die kein Erziehungsgeld erhalten,
- Arbeitslosen, die sich, aus welchen Gründen auch immer, nicht im Amt gemeldet haben,
- die als ein Euro-Arbeitskraft manchen regulären Arbeitsplatz ausfüllen und die
- 7 Millionen im Niedriglohnsektor, die als »Aufstocker« über Hartz IV an der Armutsgrenze existieren.

(DLF-Nachrichten v. 10.10.11, 09.00 Uhr)

Die »staatliche Gewalt«, deren Verpflichtung es ist, die »Menschenwürde zu achten und zu schützen« übersieht außerdem noch die 250.000 Menschen, die 2010 keine eigene Wohnung hatten, von denen 20.000 auf der Straße leben, darunter 2000 Frauen. Nach Angaben der Nationalen Armutskonferenz (NaK) vom 7.(!) Oktober 2011 werden zudem etwa 6.000 Straßenkinder gezählt. Die NaK forderte nun die Bundesregierung auf, die Wohnungslosen in die amtliche Statistik aufzunehmen. »Wir erfassen doch sonst alles«, sagte Thomas Beyer, Sprecher der NaK. Wird man dieser Forderung nachkommen oder, noch besser, deren Situation verändern wollen?

Leeres Wort des Reichen Pflicht. □

Traditionelles Konzert des
Ernst-Busch-Chores Berlin
aus Anlass des 112. Geburtstages
von Ernst Busch
am 21. und 22. Januar 2012,
um 15.00 Uhr im Russischen Haus
der Wissenschaft und Kultur in
Berlin, Friedrichstraße

Karten im Russischen Haus
Dienstag–Freitag, 14–18 Uhr



Am 21. September 2011 führten wir in unserer TIG **Burgenlandkreis/Weißenfels** eine festliche Mitgliederversammlung anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung von ISOR durch. Wie stets gedachten wir in einer Schweigeminute unserer verstorbenen Mitglieder. Dieter Wittstock, Mitglied des ISOR-Vorstandes und Landesbeauftragter Sachsen-Anhalt, ging in seiner Festrede auf die Bedeutung der Gründung von ISOR e. V. ein und verwies insbesondere auf die teils schwierigen Wege im Kampf gegen das immer noch bestehende Rentenstrafrecht. Ausführlich erläuterte er den gegenwärtigen Stand des Kampfes auf politischem und juristischem Wege und er zeigte auch auf, dass wir von den regierenden Parteien sowie SPD und Grünen bisher keine Initiativen zur Abschaffung des Rentenstrafrechts erfahren haben und diese auch nicht zu erwarten sind. Es bleibt uns der beschwerliche und langwierige Instanzenweg, wozu von allen Mitgliedern, Vorständen, Gruppenverantwortlichen ein beharrliches Engagement nötig ist. Die jüngst erfolgte Ablehnung der Ansprüche aus Versorgungsleistungen des Mdl, MfS und Zoll belegt den Unwillen der Regierenden zur Herstellung von Renten- und Versorgungsgerechtigkeit für Angehörige der ehemaligen bewaffneten Organe der DDR und anderer Berufsgruppen. Der Vertreter der Linkspartei und des Bundes der Ruheständler überbrachte Glückwünsche und schilderte, dass auch sie seit langer Zeit gegen Renten- und soziales Unrecht kämpfen und sich mit ISOR stets solidarisch verbunden fühlen und danach handeln.

Einen Höhepunkt der Zusammenkunft stellte die Auszeichnung von acht Mitgliedern unserer TIG dar, die u.a. Gründungsmitglieder sind und sehr aktiv im Vorstand als Gruppenverantwortliche und Betreuer wirken.

Besonders gedachten wir unseres verstorbenen Mitglieds Fritz Laurich, welcher die TIG Weißenfels vor 20 Jahren gründete und erster Vorsitzender war.

Mit Kaffee, Kuchen und Imbiss, sowie reichem Gedankenaustausch ging die festliche Zusammenkunft weiter. Zwei Sympathisanten und Freunde unserer TIG unterhielten uns mit Musik und Gesang und trugen somit zu einem kulturellen Ausklang bei. Ihnen dankte der Vorsitzende der TIG vor allem, weil sie kostenlos auftraten.

Helmut Punkt

★

Am 27. September 2011 hatte der Vorstand zur festlichen Mitgliederversammlung der TIG **Stralsund** anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung unserer Interessengemeinschaft eingeladen. Zu Beginn gedachten wir in einer Schweigeminute unserer verstorbenen Freun-

dinnen und Freunde, die in den Jahren der Zugehörigkeit aktiv an unserem Kampf um Rentengerechtigkeit teilnahmen.

Mit Respekt erinnerte unser Vorsitzender an die feste Überzeugung, den Mut und die Einsatzbereitschaft unserer Mitglieder, sich für die Ziele von ISOR einzusetzen.

Wesentlich war, so führte er aus, dass ISOR ohne auf politische Druckausübung zu verzichten, sich von Beginn an auf eine rechtsstaatliche Auseinandersetzung konzentriert hat. Dabei gab es Erfolge und Niederlagen.

Das in den zwanzig Jahren Erreichte, so hob er hervor, erfüllt uns mit Stolz und Freude. Die zurückliegenden Jahre haben überzeugend belegt, wie viele Verbündete, Freunde und Sympathisanten uns in unserem Kampf zur Seite stehen, und das schon über Jahrzehnte und auch bei den noch ausstehenden Entscheidungen.

Diese erlebte Solidarität hat immer unsere Bereitschaft gefestigt, in dem noch vor uns liegenden, längeren Zeitabschnitt aktiv am Kampf gegen den Missbrauch des Sozialrechts als Strafrecht teilzunehmen.

Zum Abschluss bedankte sich der Vorsitzende bei allen Mitgliedern, die dem Verein all die Jahre die Treue gehalten haben.

Dreizehn verdienstvolle Mitglieder wurden für ihre langjährige ehrenamtliche Arbeit mit je einem Buchscheck geehrt.

K. Stieler

★

Es war ein schöner Herbsttag, an dem sich die Mitglieder unserer TIG **Beeskow** mit ihren Partnern im Forsthaus Siehdichum im Schlaubetal zur Mitgliederversammlung trafen.

Das Hauptthema war die Würdigung des 20jährigen Bestehens unserer Vereinigung und vor allem der Kampf um Rentengerechtigkeit. Das hierbei Erreichte wurde gewertet und vor allem auch ein Dankeschön an den Vorstand unseres Vereins für sein unermüdliches Wirken in dieser Sache ausgesprochen. Wir waren uns darüber einig, dass wir den Kampf um die Abschaffung der Strafrenten weiter führen müssen.

Ein Mitglied unserer TIG, auch in der GRH organisiert, berichtete über die Informationen von ISOR und der GRH zur Kritik der UNO (ECOSOC Ausschuss) an der Bundesrepublik Deutschland wegen der Verletzung sozialer und anderer Menschenrechte vor allem verübt an der Bevölkerung Ostdeutschlands, dazu die Aufforderung, bestehende Fälle der Diskriminierung zu beseitigen. Wir sind sicher, dass diese an Deutschland geübte Kritik auch für die weitere Klärung unserer Anliegen von Bedeutung ist.

Leider wurde darüber weder in der ach »so freien Presse,“ noch in den anderen Medien berichtet.

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand nahm am 26.10.2011 Informationen von Eberhard Rehling, der im Vorstand der GBM die Nachfolge der kürzlich verstorbenen Rentenexpertin Dr. Ursula Schönfelder antritt, zur Kenntnis. Er berichtete insbesondere über von Gewerkschaften getragene Initiativen für eine gerechte Angleichung der Renten Ost an West.

★

Horst Parton und Willi Becker berichteten vom Programm-Parteitag der Partei DIE LINKE, an dem sie als Gäste teilgenommen hatten. Sie würdigten die Ergebnisse des Parteitages als ermutigenden Auftakt zu einer klaren Profilierung dieser Partei und stärkerer gesellschaftlicher Akzeptanz. Der Vorstand bekräftigte seine Solidarität mit der Partei DIE LINKE, die im Bundestag weiter unbeirrt für die Korrektur der Rentenungerechtigkeiten bei der Überleitung der DDR-Altersversorgung in bundesdeutsches Recht eintritt.

★

Einen weiteren Schwerpunkt der Vorstandssitzung bildete die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der für den 09.11.2011 geplanten Zusammenkunft mit den Mitgliedern des Beirates und Vertretern aller TIG in Berlin.

★

Der Vorstand nahm zur Kenntnis, dass das Sozialgericht Berlin Klagen von drei Staatsanwälten der Generalstaatsanwaltschaft der DDR gegen Rentenkürzungen nach § 6 (2) AAÜG abgewiesen hat. Dieses Urteil ist ein Versuch, durch extensive Auslegung der Verfassungsgerichtsentscheidung vom 06.07.2010, das nur die Ziffer 4 des strittigen § 6 AAÜG für verfassungsgemäß erklärt hatte, Klagen der übrigen Betroffenen abzuweisen. Die Kläger sind in Berufung gegangen. ISOR wird auch weiterhin Verfahren zum § 6 (2) AAÜG unterstützen.

Die Versammlung endete mit einem gemeinsamen Spaziergang im schönen Schlaubetal und gemütlichen Beisammensein bei Kaffee und Kuchen. Wir waren uns einig, dass diese Form der Mitgliederversammlung angenehm war und geholfen hat, Fragen, Probleme und Meinungen auszutauschen.

Willy Zeige

★

Am 15.10.2011 führte unsere TIG **Suhl/Meiningen/Ilmenau** ihre festliche Mitgliederversammlung zum 20. Jahrestag der Gründung von ISOR durch.

Über 140 Vereinsmitglieder und Gäste waren anwesend und erlebten eine beeindruckende Veranstaltung, von der Zuversicht und ungebrochene Solidarität für den weiteren Kampf gegen das Rentenstrafrecht ausgingen.

» » » Fortsetzung auf Seite 4

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 3

Unsere ISOR-Musikanten leiteten die Versammlung u.a. mit dem Solidaritätslied sowie der Rezitation von Gedichten zweier ISOR Mitglieder ein.

In seinen Eröffnungsworten begrüßte der TIG-Vorsitzende die teilnehmenden Gäste, allen voran unseren Vereinsvorsitzenden Horst Parton, der herzlichen Beifall erhielt. Zu den Gästen zählten der Landesbeauftragte Thüringens Willi Becker, der Vorsitzende der Koordinierungsgruppe der Suhlener Vereine und Verbände, die stellv. Vorsitzende des Stadtverbandes Suhl der LINKEN, der Vorsitzende des Seniorenverbandes der Ortsgruppe Suhl des BRH, der Sprecher der GRH Suhl sowie Vertreter benachbarter TIG.

Der Vorsitzende würdigte die Gründungsmitglieder von ISOR e.V. in Suhl und zeichnete 72 Mitglieder mit einer Ehrenurkunde des Vorstandes der TIG aus.

Besonderer Dank wurde den über 30 Kassierern/Betreuern ausgesprochen, ohne deren persönlichen Einsatz unser Vereinsleben nicht funktionieren würde.

Gedacht wurde der seit der Gründung verstorbenen über 140 Mitglieder, deren Vermächtnis auch Anlass ist, unseren Kampf bis zur erstrebten Zielstellung nicht aufzugeben.

Die Ausführungen von Horst Parton wurden mit großem Beifall und Zustimmung aufgenommen.

Er würdigte u.a. die Petition an den Bundestag und das Auftreten der Vertreter von ISOR vor dem Petitionsausschuss als einen politischen Höhepunkt in der Geschichte unseres Vereins.

Horst Parton informierte im Verlauf seiner Ansprache über die beim Bundessozialgericht zu erwartenden Urteile zu den vorbereiteten Klagen sowie den danach erfolgenden Schritten zum Bundesverfassungsgericht. Er hob hervor, dass wir optimistisch in die juristischen Auseinandersetzungen gehen. Optimistisch heißt nach seinen Worten: »Wir halten ein positives Urteil für möglich«.

Die Darlegungen geben unseren Mitgliedern große Zuversicht ohne zu vergessen, dass eine beträchtliche Zeit vergehen wird, bis das Rentenstrafrecht überwunden ist, selbst wenn das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber zur Korrektur seiner Gesetze beauftragt.

Horst Parton zeichnete 26 Vereinsmitglieder für ihre langjährige aktive Arbeit zum Wohle unseres Sozialvereins mit Buchprämien aus.

In seiner Grußansprache hob der Leiter der Koordinierungsgruppe hervor, dass das Rentenstrafrecht eine Schande für die Bundesrepublik ist und er versicherte uns der uneingeschränkten Solidarität.

In einem Grußschreiben der Landtagsabgeordneten der LINKEN Ina Leukefeld heißt es u.a.: »Ich bin stolz auf unsere viele Jahre währende fruchtbare Zusammenarbeit in Suhl und sicher, dass wir dies auch künftig tun werden.

Ich versichere euch, dass auch ich euch in eurer Arbeit gemäß dem solidarischen Gedanken weiter unterstützen werde.«

Ihr Grußschreiben wurde mit herzlichem Beifall aufgenommen.

Die Teilnehmer der Festveranstaltung bekundeten ihren Willen, alles zu tun, um den Kampf gegen das Rentenstrafrecht mit Erfolg zu Ende zu führen.

Gerhard Neupert

★

Anlässlich des 20 jährigen Bestehens unseres Vereines führten wir am 27.09.2011 eine gemeinsame Mitgliederversammlung der TIG **Bernau und Eberswalde** in der Stadthalle in Bernau durch. Als Gast begrüßten wir herzlichst das Mitglied des Vorstandes Dr. Rainer Rothe.

Klaus-Dieter Jäschke sprach im Auftrag der Vorstände beider TIG zur politischen Bedeutung des solidarischen Kampfes um Rentengerechtigkeit. Zu Beginn gedachten wir der verstorbenen Mitglieder unserer TIG und deren Leistungen im Interesse unserer Gemeinschaft. Wir erinnerten uns gemeinsam unserer Geschichte und unserer Erfahrungen im Kampf um eine lebenswerte Welt. Hervorgehoben wurde die belebende Wirkung der Gründung unseres Vereines im Jahre 1991. Rückschauend auf die letzten 20 Jahre erfüllte uns die fortdauernde Existenz und das Wirken von ISOR e.V. und der TIG im Kreis Barnim mit Stolz. Dr. Rainer Rothe widmete sich in seinem Vortrag den erreichten Ergebnissen und den aktuellen Aufgaben des Kampfes um Rentengerechtigkeit. Wir stimmten mit ihm auch in der Würdigung des Beitrages der Partei »Die Linke« zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse überein. Ihr gilt unserer besonderer Dank, zumal sie die einzige Partei im Bundestag ist, die Rentengerechtigkeit und drohende Altersarmut fortgesetzt thematisiert. Uns ist bewusst, dass die Fortsetzung des Kampfes um eine gerechte Welt, das Bündnis mit allen Parteien, Vereinen und Verbänden verlangt, die sich diesen Aufgaben stellen. Solidarisches Miteinander und gemeinsames Tun sind Voraussetzungen für politische Wirksamkeit. Es sind, wenn man so will, die alten Weisen, die da klingen. In diesem Sinne erinnerten wir auch an »Auferstanden aus Ruinen ...«

Getragen werden unsere TIG von Menschen, die sich mit der ihnen zur Verfügung stehenden Kraft und mit Engagement einbringen. In ihrem Mühen bleibt Solidarität lebendig. Als Band zwischen damals, heute und der Zukunft. In diesem Sinne würdigten wir die Leistungen von 25 Mitstreiterinnen und Mitstreitern mit Büchergutscheinen, Rosen und Nelken.

Zu guter Letzt und mittendrin gab es Kuchen und Kaffee, auf eigene Kosten selbstverständlich. Sozusagen individuell erworben, verspeist mit einem genussvollen Lächeln. **Christel Bürger**

★

Am 6. Oktober hatte die TIG **Boizenburg** ihre Mitglieder zu einer Veranstaltung anlässlich

des 20. Jahrestages der Gründung von ISOR e.V. eingeladen. 78 % der Mitglieder waren der Einladung gefolgt. Unsere Frauen wurden mit Blumen empfangen und auch Getränke und Imbisshäppchen standen bereit.

Als Gast hatten wir das Mitglied des Beirates Manfred Jonischkies eingeladen. Nach der Eröffnung und Begrüßung gedachten wir der verstorbenen Vereinsmitglieder. Der Anlass der Versammlung wurde mit dem Festreferat in aller Deutlichkeit dargelegt und das Wie und Warum unseres Weges bis zur Beseitigung des Rentenstrafrechtes aufgezeigt. Der Applaus zeigte, dass die Worte des Vorsitzenden angekommen sind, zeigten doch er und andere Beiträge die Ergebnisse seit dem 15. Jahrestag auf den verschiedenen Gebieten.

Eine besondere Würdigung wurde den Vertretern der ersten Stunde zuteil. Sie wurden mit Sachgeschenken und Blumen geehrt.

In einem Beitrag wurde die Bildung und Entwicklung der TIG seit 1991 nachgezeichnet. Chronologisch wurden die Vorstandsmitglieder und Kassierer seit diesem Jahr namentlich genannt und die harte Arbeit in einer manchmal angespannten Situation in den Anfangsjahren dargelegt. Besonders den Kassierern wurde für ihre jahrelange Arbeit gedankt und auch festgestellt, dass diese stets mit Hingabe ihre Aufgaben auch als Betreuer wahrgenommen haben. Sie waren und sind ein wichtiges Bindeglied und auch stets Ansprechpartner.

Sie haben ebenso wie der Vorstand auf das Erstaten aller Unkosten verzichtet, die nun mal in dieser Arbeit auch anfallen. Alle Kassierer wurden mit Blumengeschenken bedacht. Vielleicht ist es gar nicht erwähnenswert, aber doch ein gutes Ergebnis, wenn in allen Jahren eine 100prozentige Kassierung erreicht wurde. Entsprechend der Finanzordnung wurden die zustehenden Finanzmittel verbraucht und abgeführt. Ebenso sicherte der Vorstand die vollständige und termingerechte Berichterstattung. Auf Anfrage, wie mit den finanziellen Mitteln der TIG verfahren wird und wie die finanzielle Lage von ISOR insgesamt ist, wurde dargelegt:

80–85 % wurden für die Mitgliederpflege verwendet und 10–15 % für die materielle Sicherung der Vorstandsarbeit.

Die Lage von ISOR insgesamt wurde anhand des Jahresabschlusses 2010 beantwortet.

Am Beispiel der Mitgliederentwicklung der TIG wurde eine positive Bilanz nachgewiesen.

Hatten wir 2005 42 Mitglieder, so waren es 2011 57. Im gleichen Zeitraum hatten wir 11 Todesfälle und zwei Umzüge. Es wurden also 28 neue Mitglieder aufgenommen. Allein 2008 wurden nach einem Aufruf an die noch Abseitsstehenden acht Neuaufnahmen realisiert. 2009 konnten wir vier neue Mitglieder aus den Reihen der VP gewinnen, als die Frage der Anrechnung

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 5

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 4

der Zulagen aktuell wurden. Der Vorstand und die Kassierer hatten in diesem Prozess den größten Anteil.

Der Vorstand konnte auch auf eine Fülle guter Arbeit verweisen, die sich im Ergebnis der Anstrengungen auch ausgezahlt hat.

Im Ergebnis dieser Arbeit konnte festgestellt werden, dass sechs Mitglieder trotz Umzuges in der TIG blieben, sechs Ehefrauen die Plätze ihrer verstorbenen Ehemänner einnahmen und es keine Austritte gab.

Positiv hat sich auch der Einstieg in das kulturelle Leben, besonders durch die Teilnahme und Organisation von Tages-, Langzeit- und Kurzeisen in Zusammenarbeit mit der Volkssolidarität gezeigt. Als 2007 der Vorstand die Beseitigung des § 7 AAÜG als vorrangiges Ziel der weiteren Arbeit in den Mittelpunkt stellte, gab es ein allgemeines Aufatmen. Hatten doch die anderen Organe ihr Ziel fast erreicht. Die TIG hatte 2008 wesentlich zum Gelingen einer sogenannten Widerspruchsflut beigetragen.

Im Mittelpunkt standen

- persönliche Widersprüche zu § 7 an den Petitionsausschuss,
- Unterschriftensammlung gegen § 7 an den Petitionsausschuss,
- Druck auf die Birthlerbehörde zur Herausgabe von Material,
- Widersprüche zu Rentenbescheiden und Beauftragung des Rechtsanwaltsbüros zur Weiterführung der juristischen Prozesse.

Wir konnten das 4,3fache der Mitgliederstärke an Unterschriften erreichen und es gab sehr gute Ergebnisse bei den anderen aufgeführten Schwerpunkten.

Im Rückblick, besonders ab 2008, haben wir alle zentral angestoßenen Maßnahmen aktiv unterstützt und unsere Mitglieder entsprechend aktiviert. Nun sehen wir unser Anliegen um Rentengerechtigkeit in guten Händen und danken unserem Vorstand und dem Anwaltsbüro in Berlin für ihre engagierte Arbeit.

Aus der Stimmungslage unserer Mitglieder wissen wir aber auch, dass die Erwartungen an greifbaren Ergebnissen größer geworden sind und dass **ISOR aktuell** auch etwas mehr über den Stand der Dinge berichten sollte.

Gerade zu dieser Problematik hat unser Gast Manfred Jonischkies das Wort ergriffen und in überzeugender Weise nicht nur der TIG für ihre bisherige Arbeit gedankt, sondern auch alle Mitglieder ermutigt, diesen Kampf bis zum Ende durchzustehen. Am Ende wurden die besonderen Verdienste unseres Vorsitzenden herausgestellt und mit einem Blumenpräsent gewürdigt.

Vorstand der TIG

★

Wir haben die Leistungen aller Freundinnen und Freunde, einschließlich deren Familienangehörigen und vieler Sympathisanten in einem langen, zwanzigjährigen, opfervollen Kampf um menschliche Rechte für Ältere gewürdigt. Am Fennpfuhl in **Berlin Lichtenberg** trafen wir mit Mitgliedern einer Nachbar TIG zu einer eindrucksvollen Veranstaltung zusammen. Prof. Dr. Horst Bischoff bewies uns in seinen

Ausführungen, wie wir als Organisation durch kluge, geduldige, rechtliche und politische Aktionen immer wieder unrechtmäßig errichtete Mauern zum Bröckeln brachten und auch niedergerissen mit der Solidarität anderer Organisation und Verbände. In mühevoller Kleinarbeit wurden für viele tausende DDR-Bürger die wohlverwahrten, aber aberkannten Ansprüche teilweise wieder hergestellt und erhebliche Verbesserungen erreicht.

So entschied 1999 das Bundesverfassungsgericht, dass die Straffrenten für ehemalige Angehörigen der NVA, des Mdl und der Zollverwaltung verfassungswidrig sind und machte den MfS Angehörigen ein winziges Zugeständnis. Nun sind wir in der entscheidenden Phase zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts, es ist die komplizierteste Wegstrecke, die im Detail vom Redner dargestellt wurde.

Auch haben wir an die vielen Helfer in unserer Organisation gedacht und sie mit einem Danke und Überreichung einer Anerkennung gewürdigt. Das Programm des »Ernst-Busch-Chores Berlin« schien der theoretischen Darstellung in dieser Veranstaltung mit der Liederfolge sehr angepasst. Die ca. 50 Sängerinnen und Sänger gaben uns mit ihren Melodien Gefühle und Eindrücke vom Frieden in der Welt, dem internationalen Volksliedgut und mit dem Lied »Ein neuer Frühling wird in die Heimat kommen« Kraft, Geduld und Optimismus. **Werner Witzel**

AG Recht informiert:

Die Sprechstunden der AG Recht in der Geschäftsstelle von ISOR e.V. werden ab 1. Dezember 2011 wie folgt durchgeführt: Jeden 1. Donnerstag im Monat 15–17 Uhr.

Die bisherige Sprechstunde am 3. Donnerstag im Monat entfällt. Freunde, die außerhalb der Sprechstunde Auskunft benötigen, bitten wir um telefon. Vereinbarung eines Termins unter (030) 29784315.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 26.10.2011

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.11.2011

Einstellung im Internet: 09.12.2011

Auslieferung: 15.12.2011

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Jeden 1. und 3. Donnerstag des Monats von 15 bis 17 Uhr